

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) für die Nutzung von Newsletter2Go

§ 1 Anwendungsbereich, Grundlagen

(1) Diese AGB gelten für sämtliche Leistungen und Vereinbarungen zwischen dem Betreiber und dem Kunden im Zusammenhang mit auf den Internetseiten www.newsletter2go.de, www.newsletter2go.ch und www.newsletter2go.at angebotenen Leistungen.

(2) Anderweitige Allgemeine Geschäftsbedingungen oder ähnliche Vertragsbedingungen des Kunden finden keine Anwendung. Diesen widerspricht der Betreiber hiermit ausdrücklich. Individuelle Vereinbarungen haben Vorrang vor diesen AGB. Ergänzende Informationen finden sich unter [FAQ](#).

(3) Das Angebot von Newsletter2Go richtet sich ausschließlich an Unternehmer im Sinne von § 14 Abs. 1 BGB. Verträge mit Verbrauchern im Sinne von § 13 BGB werden vom Betreiber nicht abgeschlossen.

§ 2 Definitionen

Für diese AGB gelten folgende Begriffsdefinitionen:

- "Betreiber" ist die Sendinblue GmbH (ehemals Newsletter2Go GmbH), weitere Informationen finden Sie hier: [Impressum](#).
- „Newsletter2Go“ ist der vom Betreiber unter www.Newsletter2go.de, www.nl2go.de oder www.Newslettertogo.de angebotene SaaS-Dienst, der dem Kunden ermöglicht, E-Mail-Newsletter zu gestalten, verwalten, an kundeneigene Kontakte zu versenden und den Versand auswerten zu können.
- "Kunde" ist jede natürliche oder juristische Person, die sich auf der Plattform des Betreibers registriert sowie jede Person, die mit Einverständnis des Kunden, dessen Account auf Newsletter2Go nutzt.
- "Empfänger" ist jede (natürliche oder juristische) Person oder Personenmehrheit, die eine über das Internetportal des Betreibers bzw. den unter der Marke "Newsletter2Go" angebotenen Dienst versendete und/oder gestaltete E-Mail erhält.

- "Dritter" ist jede (natürliche oder juristische) Person oder Personenmehrheit einschließlich Empfängern, die nicht Kunde sind. Der Betreiber ist kein Dritter.
- "Jeder" ist Kunde, Empfänger und Dritter.
- "Newsletter" sind elektronische Nachrichten mit Werbung und/oder Informationen, die per E-Mail verschickt werden sollen.
- "Credits" sind die vom Kunden beim Betreiber in der Regel entgeltlich erworbene Berechtigung, Newsletter2Go in einem entsprechenden Umfang nutzen, d.h. eine bestimmte Anzahl von E-Mails an Empfänger unter Nutzung von Newsletter2Go versenden zu können. Der Kunde kann entweder innerhalb eines Abonnements Paket-Credits oder separat Prepaid-Credits erwerben. Credits berechtigen zur Versendung von Newslettern per E-Mail und können nicht ausgezahlt, getauscht, verrechnet oder übertragen werden.
- "Kundendaten" sind alle personen- oder unternehmensbezogenen Daten, die ein Kunde bei seiner Registrierung oder später angibt, in Newsletter2Go erstellt oder hochlädt.
- "Planbare Wartungsarbeiten" sind solche Wartungs- und Updatearbeiten, die für den Betreiber vorhersehbar und planbar sind. Nicht vorhersehbar und planbar sind etwa Angriffe auf Systeme des Betreibers durch Dritte, unverschuldete Ausfälle von Hardware oder Fälle höherer Gewalt.

§ 3 Vertragsschluss, Vertretungsmacht

(1) Ein Vertrag wird dadurch abgeschlossen, dass der Kunde nach Anmeldung bzw. Registrierung auf Newsletter2Go (z.B. durch Angabe von E-Mail-Adresse und selbstgewähltem Passwort), Erhalt einer Registrierungsbestätigung (z.B. per E-Mail) und Abschluss der Registrierung durch den Kunden (z.B. durch Klicken auf einen Bestätigungslink) durch den Betreiber den Abschluss des Vertrags bestätigt erhält und damit zum Versand freigeschaltet wird. Der Betreiber wird dem Kunden die Registrierung und das Zustandekommen des Vertrags unverzüglich auf elektronischem Weg an die vom Kunden angegebene Adresse bestätigen.

(2) Vor Zustandekommen des Vertrages und erstmaligem Versand von Newslettern muss der Kunde zunächst seine Kundendaten vervollständigen und eine Freischaltung durch den Betreiber abwarten. Der Kunde hat alle erforderlichen Angaben vollständig und richtig zu machen und seine Kundendaten stets aktuell zu halten. Der Betreiber ist jederzeit berechtigt, einen angemessenen Nachweis über die Identität des Kunden, sein Handeln als Unternehmer, die Identität der für den Kunden handelnden Personen oder deren Vertretungsberechtigung zu verlangen oder die Nutzung einzelner Funktionen davon abhängig zu machen.

(3) Newsletter2Go kann von Kunden in eingeschränktem Umfang bzw. bei geringem Volumen kostenlos genutzt werden. Im Übrigen kann der Kunde den Dienst von Newsletter2Go kostenpflichtig in zwei verschiedenen Varianten nutzen:

- **Prepaid-Credits:** Der Kunde kann außerhalb seines Abonnements eine bestimmte Anzahl an Prepaid-Credits erwerben und darf Newsletter2Go in einem entsprechenden Umfang nutzen, d.h. eine bestimmte Anzahl von E-Mails an Empfänger unter Nutzung von Newsletter2Go versenden. Ein Prepaid-Credit berechtigt zum Versand einer Nachricht an einen Empfänger (1 Credit = 1 Newsletter x 1 Empfänger x 1 Übertragungsweg). Die zur Verfügung gestellten Prepaid-Credits verfallen in einem Zeitraum von zwei (2) Jahren ab dem Zeitpunkt der Bestellung. Prepaid-Credits werden jeweils verbindlich gekauft, indem der Kunde nach Auswahl von Produkt und Zahlungsart den Button mit der Aufschrift „zahlungspflichtig bestellen“ klickt.

- **Abonnement:** Der Kunde kann ein Monatsabonnement oder Jahresabonnement abschließen. Hierfür kauft er für einen Zeitraum von einem Monat („Vertragsmonat“) beim Monatsabonnement oder 12x einem Vertragsmonat (beim Jahresabonnement) ab einem von ihm gewählten Starttermin eine bestimmte Anzahl an Paket-Credits und kann den Newsletter-Versand pro Vertragsmonat in dem entsprechenden Umfang nutzen, d.h. eine bestimmte Anzahl von E-Mails an Empfänger unter Nutzung von Newsletter2Go versenden. Der Zeitraum vom Starttermin bis Ende des jeweiligen Abonnements ist der „Leistungszeitraum“. Nicht genutzte Paket-Credits verfallen beim Monats- sowie Jahresabonnement jeweils am Ende des Vertragsmonats. Tarifierabstufung und Kündigung eines Abonnements sind zum Ende des jeweiligen Leistungszeitraums möglich (gemäß § 13). Wird das Abonnement nicht rechtzeitig

gekündigt, verlängert sich das kostenpflichtige Abonnement im selben Tarif entweder um ein weiteres Monatsabonnement oder Jahresabonnement. Ein Paket-Credit berechtigt zur Versendung von einer Nachricht an einen Empfänger (1 Credit = 1 Newsletter x 1 Empfänger x 1 Übertragungsweg). Die jeweiligen Preise werden im Account angezeigt. Credits werden jeweils verbindlich gekauft, indem der Kunde nach Auswahl von Produkt und Zahlungsart den Button mit der Aufschrift „zahlungspflichtig bestellen“ klickt. Der Kunde kann während der Laufzeit seines Abonnements zusätzliche Paket-Credits erwerben. Der Kunde hat hierbei die Wahl zwischen dem einmaligen Aufstocken von Paket-Credits und dem wiederkehrenden Aufstocken in Form einer Hochstufung des Tarifs. Die so erworbenen Paket-Credits verfallen ebenfalls zum jeweiligen Ende des Vertragsmonats. Der Kunde hat die Möglichkeit, sein Abonnement für einen Zeitraum von 1 - 6 Monaten zu pausieren. Während der Pausierung wird der Account auf den kostenlosen Tarif heruntergestuft. Nach Ablauf der Pausierung wird das Abonnement ohne weitere Benachrichtigung automatisch wieder fortgesetzt.

(4) Etwaige Eingabefehler können in der jeweiligen Eingabemaske erkannt und berichtigt werden. Fehler beim Kaufen von Credits können nicht berichtigt werden, nachdem der Kunde auf „zahlungspflichtig bestellen“ geklickt hat.

(5) Der Kunde erhält die Vertragsbestimmungen einschließlich der AGB bei seiner Registrierung in Textform und kann diese speichern oder ausdrucken. In seinem Account auf www.Newsletter2go.de kann der Kunde seine Vertragsbestimmungen außerdem einsehen.

(6) Der Betreiber ist zertifizierter Partner der Certified Senders Alliance (CSA). Weitere Informationen zur CSA finden sich in den FAQ sowie unter www.certified-senders.eu.

(7) Seitens des Betreibers sind zu Änderungen der AGB, zur Zusage von Garantien oder der Übernahme eines Beschaffungsrisikos ausschließlich die Geschäftsführung oder von dieser schriftlich dazu bevollmächtigte Angestellte berechtigt.

§ 4 Vertragsgegenstand, Leistungsangebot des Betreibers

(1) Der Betreiber bietet seinem Kunden durch die zeitlich begrenzte Bereitstellung seiner

Softwarelösung (sog. Software as a Service, SaaS) auf der Internetplattform www.Newsletter2go.de die Möglichkeit, E-Mail- Newsletter zu gestalten, zu verwalten, an kundeneigene Kontakte zu versenden und den Versand auszuwerten. Der Leistungsumfang für das Erstellen, Versenden und Auswerten sowie für die Verwaltung von Empfängern ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung, die im Account eingesehen werden kann, in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung. Der Umfang der Nutzung von Newsletter2Go kann vom Kunden im Rahmen der Varianten Prepaid und Abonnement selbst gewählt werden (s.o. § 3 (3)).

(2) Der Betreiber ist berechtigt, Änderungen an Inhalten oder Funktionalitäten (z.B. durch Patches, Updates oder Modifikationen) vorzunehmen, die unter Berücksichtigung der Interessen des Kunden zumutbar sind. Der Betreiber ist außerdem berechtigt, Teile oder die Gesamtheit seiner Leistungen durch Dritte, insbesondere Subunternehmen, erbringen zu lassen.

§ 5 Verfügbarkeit des Dienstes, Wartungsarbeiten, Empfangbarkeit von Newslettern

- (1) Der Betreiber gewährleistet eine Verfügbarkeitsrate von Newsletter2Go zu 98% bei einer quartalsweisen Betrachtung. Nicht berücksichtigt werden dabei Ausfallzeiten, die nicht auf einer Pflichtverletzung des Betreibers beruhen, etwa Angriffe auf Systeme des Betreibers durch Dritte, unverschuldete Ausfälle von Hardware oder Fälle höherer Gewalt, sowie damit zusammenhängende unplanbare Wartungsarbeiten.
- (2) Planbare Wartungsarbeiten finden regelmäßig in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr statt und werden mindestens 3 Tage vorher auf der Statusseite gegenüber dem Kunden angekündigt. Dort kann der Kunde sich auch für die Benachrichtigung per E-Mail anmelden. Planbare Wartungsarbeiten werden in einem Kalendermonat die Erreichbarkeit von Newsletter2Go für maximal 10 Stunden beeinträchtigen.
- (3) Beim Versand von Newslettern endet die Pflicht des Betreibers, sobald ein Newsletter das System des Betreibers ordnungsgemäß verlässt. Der Betreiber übernimmt insbesondere keine Gewähr dafür, dass der Newsletter tatsächlich den Empfänger erreicht, bzw. für das Ausbleiben von Empfangsfehlern, sofern diese nicht auf einer Fehlfunktion von Newsletter2Go oder vom Betreiber eingeschalteter Subunternehmer beruhen, sondern

auf Umständen, die außerhalb der Sphäre des Betreibers liegen. Empfangsfehler außerhalb des Einflussbereichs des Betreibers sind beispielsweise bei E-Mails solche Fälle, bei denen die E-Mail vom SPAM-Filter abgefangen wird, das Postfach voll ist, die E-Mail-Adresse nicht existiert, falsch ist oder auf einer sog. Robinsonliste steht. Der Kunde bleibt bei nicht in der Sphäre des Betreibers liegenden Empfangsfehlern zur Zahlung des entsprechenden Entgelts verpflichtet.

(4) Dem Kunden obliegt es, die Voraussetzungen bei sich zu schaffen, aufrechtzuerhalten, zu bedienen und ggf. zu aktualisieren, um Newsletter2Go nutzen zu können (z.B. hinsichtlich der Nutzung aktueller Browser). Informationen dazu finden sich u.a. in den FAQ des Betreibers. Für Komponenten auf Seiten des Kunden sowie die Telekommunikationsverbindung zwischen dem Kunden und Newsletter2Go bis zum Übergabepunkt ist der Betreiber nicht verantwortlich.

§ 6 Nutzungsrechte

(1) Der Betreiber räumt dem Kunden zeitlich begrenzt auf die Laufzeit des Vertrags das nicht-ausschließliche, nicht übertragbare und nicht unterlizensierbare Recht ein, Newsletter2Go im Fernzugriff auf den Systemen des Betreibers bestimmungsgemäß zu nutzen.

(2) Dem Kunden ist es untersagt, Newsletter2Go über den vereinbarten Umfang hinaus zu nutzen oder von Dritten nutzen zu lassen oder Dritten zugänglich zu machen.

§ 7 Vergütung und Zahlung

(1) Der Kunde hat für die Versendung eines Newsletters ein Entgelt in Form von Paket- oder Prepaid-Credits pro versandter E-Mail zu entrichten. Dazu kauft der Kunde zuvor eine entsprechende Anzahl an Credits. Ein Credit berechtigt zur Versendung von einer Nachricht an einen Empfänger (1 Credit = 1 Newsletter x 1 Empfänger x 1 Übertragungsweg). Vom Kunden erworbene Credits werden jeweils entsprechend ihres Verfalldatums folgendermaßen verbraucht: zuerst werden die Paket-Credits verbraucht, dann die Prepaid-Credits.

(2) Die Rechnungstellung im Account erfolgt mit Bestellung der Prepaid-Credits oder des

Abonnements. Die Zahlung ist mit Erhalt der Rechnung im Account sofort fällig. Die Freischaltung des Abonnements erfolgt erst mit vollständiger Zahlung. Paket-Credits, die nicht im Vertragsmonat genutzt wurden verfallen am Ende des jeweiligen Vertragsmonats– unabhängig von der Länge des Abonnements (monatlich oder jährlich). Eine Übertragung findet nicht statt.

- (3) Die Preise richten sich nach den jeweils im Account ersichtlichen Angaben.
- (4) Die Preise sind, wenn nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, als Nettopreise angegeben und verstehen sich zuzüglich Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe.
- (5) Der Kunde kann die Zahlung per PayPal, Kreditkarte, oder im Lastschriftverfahren vornehmen. Für Kunden in der Schweiz gilt: Zahlungsmethoden sind Paypal oder Kreditkarte. Der Kunde hat keinen Anspruch auf Bereitstellung bestimmter Zahlungsmethoden.
- (6) Eine Auszahlung von nicht verbrauchten Credits ist grundsätzlich nicht möglich.
- (7) Sollten Zahlungen wegen Pflichtverletzungen des Kunden nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden können bzw. ausfallen (z.B. Rücklastschriften wegen Konto-Unterdeckung oder Angabe einer falschen Bankverbindung), erstattet der Kunde dem Betreiber den dadurch entstandenen Schaden.
- (8) Der Betreiber stellt Rechnungen elektronisch im Account zur Verfügung.

§ 8 Datenschutz- und wettbewerbsrechtliche Kundenpflichten, Vertragsstrafe

- (1) Der Betreiber und der Kunde verpflichten sich, die anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach UWG, DDG (Digitale-Dienste-Gesetz), BDSG und der DSGVO zu beachten und einzuhalten.
- (2) Der Kunde ist verantwortlich für seine Kundendaten und erteilt dem Betreiber die Weisungen zur Auftragsdatenverarbeitung gemäß des vereinbarten Auftragsverarbeitungsvertrags. Der Kunde kann seine Daten im Account löschen. Der Betreiber ist berechtigt aus rechtlichen Gründen (insb. wegen gesetzlicher Aufbewahrungs- und Speicherungspflichten, sowie für die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen) Daten datenschutzkonform aufzubewahren.

- (3) Der Kunde gewährleistet, dass seine Handlungen auf Newsletter2Go rechtskonform sind und er die gegebenenfalls erforderliche datenschutz- und wettbewerbsrechtliche Einwilligung des Empfängers, Betroffenen oder sonstigen Dritten eingeholt hat. Insbesondere betrifft das, soweit dazu eine Einwilligung erforderlich ist, die Befugnis, Daten auf Newsletter2Go zu speichern und zu verwenden, und zwar auch zum Zwecke der Auswertung. Sofern der Kunde die optionalen Tracking-Möglichkeiten (Öffnungsverhalten, Klickverhalten, Geolocating u.ä.) von Newsletter2Go nutzt, benötigt er auch dafür die Einwilligung der Empfänger oder eine gesetzliche Erlaubnis; bestehen daran Zweifel, dann ist der Kunde verpflichtet, die optionalen Tracking-Möglichkeiten zu deaktivieren. Kann der Kunde keine gesetzliche Erlaubnis und keine Einwilligung des Empfängers für den Versand von Marketingnachrichten nachweisen, so ist der Kunde zur Zahlung einer Vertragsstrafe verpflichtet, wenn Newsletter2Go deshalb eine berechtigte Beschwerde oder Abmahnung erreicht. Die Vertragsstrafe beträgt:
- 40,00 EUR im Falle einer Beschwerde eines Empfängers einer E-Mail bei Newsletter2Go, durch die Newsletter2Go ein Bearbeitungsaufwand (z.B. telefonische Bearbeitung, E-Mail-Bearbeitung) entsteht;
 - 500,00 EUR im Falle einer Abmahnung durch einen Empfänger einer E-Mail, eines Wettbewerbers oder eines anspruchsberechtigten Verbandes;
 - 5.001,00 EUR im Falle einer Beschwerde bei der Certified Senders Alliance, die zu einer Rüge oder dem Verlust des Whitelist-Status führen kann.
- (4) Liegen Newsletter2Go aufgrund einer vom Kunden durchgeführten E-Mail-Kampagne mehrere solcher Beschwerden vor, ist Newsletter2Go berechtigt, unter Berücksichtigung der vorbezeichneten Beträge für einen Einzelverstoß eine angemessene Gesamtvertragsstrafe nach billigem Ermessen zu bestimmen, deren Höhe im Streitfall vom Kunden beim zuständigen Gericht überprüft werden kann.
- (5) Unter anspruchsberechtigte Verbände im Sinne dieses Absatzes fallen die gemäß § 8 Abs. 3 UWG verbandsklagebefugten Institutionen. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen bleibt Newsletter2Go vorbehalten; in diesem Fall wird die Vertragsstrafe auf einen Schadensersatzanspruch angerechnet.
- (6) Der Kunde hat dem Betreiber – sofern zulässig – auf Anforderung unverzüglich die

jeweiligen Einwilligungen sowie alle erforderlichen zusätzlichen Informationen in Textform zu übergeben (z.B. Informationen zur Einwilligung (Datum, Uhrzeit, ggf. IP-Adresse, fehlendem Widerruf), zum Einwilligungsprozess (z.B. Opt-In-Verfahren) oder zur sonstigen Berechtigung des Kunden). Der Betreiber ist berechtigt, E-Mail-Adressen von der Mailingliste des Kunden zu sperren (Eintrag in Blocklist), sobald ein sog. Hard-Bounce auf dieser E-Mail-Adresse erfolgte oder eine Beschwerde des Empfängers dem Betreiber vorliegt.

- (7) Unbeschadet weitergehender vertraglicher Pflichten sowie nationaler oder europäischer Regelungen ist der Kunde verpflichtet, die jeweils aktuellen Mindestanforderungen der Certified Senders Alliance (CSA) berücksichtigen und anzuwenden.

§ 9 Weitere Kundenpflichten

- (1) Der Kunde wird den Betreiber bei der Vertragserfüllung angemessen unterstützen. Insbesondere wird der Kunde alle für die Erbringung der vertraglichen Leistungen vereinbarten oder sonst erforderlichen Informationen, Daten und Unterlagen jeweils rechtzeitig zur Verfügung stellen.
- (2) Der Kunde ist verpflichtet, sich bei der Nutzung von Newsletter2Go stets rechtmäßig zu verhalten.
- (3) Der Kunde wird:
- keine pornografischen, gewaltverherrlichenden, diskriminierenden, gesetzlich verbotenen, jugendgefährdenden, gegen die guten Sitten verstoßenden oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdenden Inhalte mit Newsletter2Go gestalten, speichern oder versenden;
 - keine Urheber- (z.B. für Fotos, Grafiken), Marken- (z.B. Logos) und sonstige Schutzrechte (z.B. Geschmacksmuster) oder andere rechtlich geschützte Güter des Betreibers oder Dritter (z.B. Persönlichkeitsrechte) verletzen;
 - die [Anti-Spam-Policy](#) beachten;
 - alle bestehenden gesetzlichen Informationspflichten beachten und einhalten, z.B.

zur Widerruflichkeit von Einwilligungen und Abbestellen von E-Mails (§ 7 UWG; Art. 7, 17 DSGVO);

- von allen von ihm auf Newsletter2Go aufgespielten oder dort geänderten Daten und Inhalten eine (Sicherungs-) Kopie bei sich erstellen und laufend, mindestens täglich, aktuell zu halten;
 - einen Ansprechpartner mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse für Beschwerden von Empfängern oder des Betreibers benennen.;
 - bei sich die notwendigen Einrichtungen (z.B. Software, Hardware, Betriebssystem) zur IT-Sicherheit einsetzen, um einen Befall oder eine Weitergabe von Schadprogrammen (Malware, z.B. Viren, Würmer, Trojaner, Spyware) zu verhindern; – sein Passwort sorgfältig und so wählen bzw. regelmäßig ändern, dass es nicht durch Ausprobieren oder auf andere Weise erraten werden kann; – seine Log-In-Daten, insbesondere sein Passwort geheim zu halten und nur solchen Personen zur Verfügung zu stellen, die mit Gestaltung, Verwaltung oder Versendung von Newslettern betraut und im Verhältnis zum Betreiber vertretungsberechtigt sind; – sein Passwort unverzüglich ändern und den Betreiber unverzüglich informieren, wenn die Gefahr besteht oder der Kunde Kenntnis davon erlangt, dass vom Kunden nicht autorisierte Personen über das Passwort verfügen oder auf seinen Account zugegriffen haben.
- (1) Der Kunde ist verpflichtet, den Betreiber von sämtlichen Ansprüchen und Forderungen Dritter freizustellen, die auf einer schuldhaften Verletzung der Pflichten gemäß § 8, § 9 oder einer sonstigen Rechtsverletzung durch den Kunden beruhen. Der Freistellungsanspruch umfasst auch sämtliche Kosten und Aufwendungen der Rechtsverteidigung.
- (2) Die Bewerbung von Rufnummern für Premium-Dienste (z.B. in Deutschland (0)900er Rufnummern) und Mehrdienste über Newsletter2Go ist nur mit schriftlicher Einwilligung des Betreibers gestattet.
- (3) Der Kunde wird die Leistungen von Newsletter2Go bei Nutzungsaufnahme sowie nach jeder Änderung auf Plausibilität und erkennbare Mängel prüfen und diese ggf. unverzüglich rügen. Der Kunde wird außerdem die Anleitungen sowie Hinweise von Newsletter2Go, insbesondere gemäß FAQ, beachten, nur qualifiziertes Personal einsetzen, und regelmäßige Kontrollen seiner Nutzung von Newsletter2Go durchführen und deren

Ergebnisse dokumentieren.

§ 10 Leistungsverweigerung, Sperrung

- (1) Bestehen Anhaltspunkte, dass der Kunde gesetzliche Vorschriften, Rechte Dritter oder vertragliche Pflichten verletzt, ist der Betreiber berechtigt, den Kunden in der Nutzung von Newsletter2Go einzuschränken, insbesondere Versandfunktionen zu sperren. Der Kunde kann die Maßnahmen bzw. die Sperrung abwenden, indem er durch Vorlage geeigneter Nachweise die bestehenden Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung ausräumt oder eine angemessene Sicherheit stellt.
- (2) Das Recht der Vertragspartner zur Kündigung bleibt von einer Leistungsverweigerung oder Sperrung unberührt.

§ 11 Gewährleistung und Haftung des Betreibers

- (1) Die Regelungen in diesem § 12 zu Haftung und Gewährleistung des Betreibers gelten für alle Mangel-, Schadensersatz- oder sonstige Ersatzansprüche des Kunden aus oder im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrages und Haftungsfälle unabhängig davon, auf welchem Rechtsgrund sie beruhen (z.B. Gewährleistung, Verzug, Unmöglichkeit, jegliche Pflichtverletzung, Vorliegen eines Leistungshindernisses, unerlaubte Handlung etc.) außer für Ansprüche des Kunden
 - wegen Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,
 - bei arglistigem Verschweigen eines Mangels durch den Betreiber oder wegen Fehlens einer Beschaffenheit, für der Betreiber eine Garantie übernommen hat,
 - die auf einem vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verhalten des Betreibers, seinen Organen oder leitenden Mitarbeitern beruhen sowie
 - nach dem Produkthaftungsgesetz.

Für diese Ausnahmen verbleibt es allein bei der gesetzlichen Regelung.

- (2) Der Betreiber gewährleistet die technische Verfügbarkeit der Leistungen nur gemäß der Regelung § 5. Für vom Betreiber nicht verschuldete Störungen innerhalb des Leitungsnetzes übernimmt der Betreiber keine Verantwortung. Etwaige Gewährleistungsansprüche des Kunden verjähren 1 Jahr nach Lieferung oder Abnahme,

soweit eine Abnahme gesetzlich vorgesehen ist. Für alle der Gewährleistung unterliegenden Leistungen gilt § 377 HGB, insbesondere hinsichtlich der Genehmigung gemäß § 377 Abs. 2 und Abs. 3 HGB.

- (3) Der Betreiber haftet für fahrlässig verursachte Sach- und Vermögensschäden nur bei Verletzung einer wesentlichen Pflicht, d.h. einer Pflicht, deren Erfüllung eine ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf, jedoch begrenzt auf den Ersatz des typischen und bei Vertragsschluss vorhersehbaren Schadens. Der Betreiber haftet nur in der Höhe der Vergütung, welche der Nutzer in den letzten 12 Monaten vor dem Schadenseintritt an den Betreiber gezahlt hat.
- (4) Im Übrigen ist die Haftung des Betreibers für leichte oder einfache Fahrlässigkeit ausgeschlossen.
- (5) Die verschuldensunabhängige gesetzliche Haftung des Betreibers im Bereich mietrechtlicher und ähnlicher Nutzungsverhältnisse für bereits bei Vertragsabschluss vorhandene Fehler (siehe § 536a Abs.1 Alt. 1 BGB) wird ausdrücklich ausgeschlossen.
- (6) Die Abs. 1 bis 5 gelten auch für die Haftung für und/oder Erfüllungsgehilfen des Betreibers.

§ 12 Vertragslaufzeit, Kündigung

Der Vertrag als Rahmenverhältnis zwischen dem Betreiber und dem Kunden wird unbefristet geschlossen. Hat der Kunde ein Abonnement abgeschlossen, sind beide Parteien berechtigt dieses und gegebenenfalls zusätzlich den Vertrag zum Ende des jeweiligen Leistungszeitraums (monatlich oder jährlich) ordentlich zu kündigen. Hat der Kunde kein Abonnement abgeschlossen (ausschließlicher Erwerb von Prepaid-Credits oder kostenloser Tarif) kann er den Vertrag zum Ablauf des Folgetags ordentlich kündigen. Kündigungen des Vertrags haben die Kündigung des Abonnements zur Folge. Kündigungen des Abonnements haben nicht automatisch die Kündigung des Vertrags zur Folge. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Abonnements und des Vertrags aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Kündigungen haben direkt im Account auf Newsletter2Go oder per Textform (z.B. per E-Mail an: support@newsletter2go.com) zu erfolgen. Zum Zeitpunkt der Kündigung nicht genutzte Credits verfallen.

§ 13 Abwicklung nach Kündigung

Der Kunde ist für die Löschung der im Account hinterlegten Daten und das angelegte Kundenkonto verantwortlich. Der Kunde hat sicherzustellen, dass er vor Kündigung des Vertrags seine Daten rüchsichert (je nach Datensatz als CSV oder PDF-Datei), um einen Datenverlust zu vermeiden. Sofern der Kunde keine Löschung des Accounts beantragt, wird der Account auf den kostenlosen Tarif herabgestuft. Der Nutzungsumfang und die Funktionalitäten von Newsletter2Go werden entsprechend der Herabstufung in den kostenlosen Tarif angepasst. Sofern der Kunde die Löschung des Accounts beantragt, werden die Daten vom Betreiber gelöscht, es sei denn der Betreiber ist aus gesetzlichen Gründen verpflichtet oder berechtigt die Daten aufzubewahren. In diesem Fall bewahrt der Betreiber die Daten gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen auf und löscht diese, sobald die gesetzliche Aufbewahrungspflicht oder die sonstige Rechtsgrundlage für die Aufbewahrung entfallen ist.

§ 14 Verschwiegenheit

„Vertrauliche Informationen“ bezeichnet alle vertraulichen und geschützten Informationen des Kunden oder Betreibers („offenlegende Partei“), die dem jeweils anderen („empfangende Partei“) mündlich oder schriftlich offengelegt werden, sofern diese Informationen als vertraulich gekennzeichnet sind oder aufgrund ihrer Natur und der Umstände der Offenlegung vernünftigerweise als vertraulich angesehen werden sollten. Dazu zählen unter anderem dieser Vertrag, Geschäfts- und Marketingpläne, Technologie und technische Informationen, Bildschirm- und Produktdesigns sowie Geschäftsprozesse.

Vertrauliche Informationen umfassen jedoch nicht Informationen, die:

- (i) der Allgemeinheit ohne Verletzung einer gegenüber der offenlegenden Partei bestehenden Verpflichtung bekannt sind oder bekannt werden;
- (ii) der empfangenden Partei vor der Offenlegung durch die offenlegende Partei bekannt waren, ohne dass dabei eine Verpflichtung gegenüber der offenlegenden Partei verletzt wurde;
- (iii) von der empfangenden Partei unabhängig entwickelt wurden, ohne dass dabei eine Verpflichtung gegenüber der offenlegenden Partei verletzt wurde; oder

(iv) von einem Dritten erhalten wurden, ohne dass dabei eine Verpflichtung gegenüber der offenlegenden Partei verletzt wurde.

Die empfangende Partei darf vertrauliche Informationen der offenlegenden Partei ohne deren vorherige schriftliche Zustimmung weder offenlegen noch für einen Zweck außerhalb des Anwendungsbereichs dieser Bedingungen verwenden.

Jede Partei verpflichtet sich, die Vertraulichkeit der vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei in gleicher Weise zu schützen wie die Vertraulichkeit ihrer eigenen vertraulichen und geschützten Informationen ähnlicher Art, jedoch mindestens mit angemessener Sorgfalt.

Soweit nicht schriftlich anderweitig von der offenlegenden Partei genehmigt, wird die empfangende Partei den Zugang zu den vertraulichen Informationen der offenlegenden Partei auf diejenigen Mitarbeiter, Auftragnehmer und Vertreter der empfangenden Partei sowie deren verbundenen Unternehmen beschränken, die einen solchen Zugang für Zwecke benötigen, die mit dieser Vereinbarung in Einklang stehen, und die mit der empfangenden Partei Vertraulichkeitsvereinbarungen abgeschlossen haben, die einen mindestens gleichwertigen Schutz der vertraulichen Informationen vorsehen wie die in diesem Vertrag enthaltenen.

Die empfangende Partei haftet für jede Nutzung oder Offenlegung der vertraulichen Informationen durch ihre eigenen Mitarbeiter, Auftragnehmer und/oder Vertreter sowie die ihrer verbundenen Unternehmen.

§ 15 Besondere Bestimmungen gem. DORA

(1) Anwendbarkeit von DORA nur für regulierte Finanzinstitute

Dieser Abschnitt gilt, wenn der Betreiber dem Kunden und ggf. seinen verbundenen Unternehmen IKT-Dienstleistungen erbringt, die dem Anwendungsbereich von DORA unterliegen, sofern der Kunde und das jeweilige verbundene Unternehmen ein reguliertes Finanzinstitut ist und im Hinblick auf die im Rahmen des Vertrags erbrachten IKT-Dienstleistungen der Aufsicht durch eine zuständige Behörde unterliegt. Abweichend hiervon findet dieser Abschnitt in Bezug auf DORA keine Anwendung, wenn sich der Kunde für einen kostenlosen Brevo-Tarif registriert hat. Sollte der Kunde unter einem kostenlosen Tarif dennoch entscheiden, dass dieser Abschnitt auf ihn Anwendung finden soll, so sind

etwaige erforderliche Anpassungen im Zusammenhang mit DORA mit zusätzlichen Gebühren verbunden. In diesem Fall wird der Kunde gebeten, sich an das Newsletter2Go-Team des Betreibers zu wenden, um ein entsprechendes Angebot einzuholen.

(2) Definitionen und Auslegung

Sofern die Begriffe in diesem Anhang nicht definiert sind, gelten die Begriffsbestimmungen gemäß DORA.

In diesem Anhang gilt, soweit der Kontext nichts anderes erfordert:

„IKT-Vorfall“ bezeichnet ein einzelnes ungeplantes Ereignis oder eine Reihe miteinander verbundener ungeplanter Ereignisse, das/die die Sicherheit von Netzwerk- und Informationssystemen beeinträchtigt und sich nachteilig auf die Verfügbarkeit, Authentizität, Integrität oder Vertraulichkeit von Daten oder auf die vom Kunden erbrachten Dienstleistungen auswirkt/auswirken kann.

„Aufsichtsbehörde“ bezeichnet jede zuständige Behörde oder Abwicklungsbehörde im Sinne von DORA, die berechtigt ist, eine aufsichtliche Kontrolle über den Kunden auszuüben und somit die Einhaltung geltender gesetzlicher Vorschriften zu bewerten.

„DORA“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2022/2554 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die digitale operationelle Resilienz des Finanzsektors sowie alle auf den Kunden anwendbaren verbindlichen sektorspezifischen Vorschriften, Gesetze, Rundschreiben, Mitteilungen, Leitlinien oder Branchenstandards.

„Dienstleistungen“ bezeichnet Aufgaben, Operationen und Funktionen, die (i) als IKT-Dienstleistungen gemäß DORA gelten und (ii) vom Betreiber im Rahmen des Vertrags erbracht werden.

„Untervergabe“ bezeichnet jeden Vertrag, durch den der Betreiber den Vertrag ganz oder teilweise an Dritte überträgt, abtritt oder delegiert. Der Erwerb, Kauf oder die Lizenzierung von Hardware oder Software stellt keine Untervergabe im Sinne dieses Anhangs dar.

„Unterauftragnehmer“ bezeichnet den Dritten, mit dem der Betreiber einen Vertrag über eine Untervergabe geschlossen hat.

Im Falle von Widersprüchen oder Unklarheiten innerhalb des Vertrags ist die Verpflichtung so auszulegen, dass sie DORA-konform ist.

(3) Pflichten in Bezug auf alle Dienstleistungen

Die nachstehenden Verpflichtungen gelten für alle im Rahmen des Vertrags erbrachten IKT-Dienstleistungen. Die Parteien erkennen an, dass die vom Betreiber erbrachten IKT-Dienstleistungen keine kritischen oder wichtigen Funktionen unterstützen und dass der Betreiber im Rahmen dieses Vertrags keine kritischen Dienstleistungen für den Kunden erbringt.

Sollte der Kunde dennoch zu der Einschätzung gelangen, dass Brevo kritische oder wichtige Funktionen unterstützt oder kritische Dienstleistungen für den Kunden erbringt, so fallen zusätzliche Gebühren an. In diesem Fall wird der Kunde gebeten, sich direkt an das Vertriebsteam des Betreibers über folgenden Link zu wenden: <https://www.brevo.com/enterprise/contact-us/>

(4) Dienstleistungen

Der Betreiber erbringt ausschließlich die ausdrücklich im Vertrag beschriebenen Dienstleistungen. Diese werden in der im Vertrag festgelegten Weise ausgeführt.

(5) Leistungserbringung und Service-Level

Sofern nicht ausdrücklich anderweitig geregelt, erbringt der Betreiber die Dienstleistungen mindestens gemäß bewährten Branchenpraktiken mit der gebotenen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Für Dienstleistungen, für die Service-Levels definiert sind, erbringt der Betreiber diese gemäß den vereinbarten Service-Levels. Der Betreiber ermöglicht dem Kunden die regelmäßige Überwachung der Dienstleistungserbringung. Zu diesem Zweck erhält der Kunde Zugang zur Statusseite des Betreibers unter:

<https://status.newsletter2go.com/>

(6) Untervergabe, Standort der Dienstleistungserbringung und Datenresidenz

Sofern nicht ausdrücklich anders geregelt und unbeschadet der Regelungen zur Unterverarbeitung personenbezogener Daten gemäß des Auftragsverarbeitungsvertrag, ist der Betreiber berechtigt, die Dienstleistungen ganz oder teilweise an Dritte zu vergeben.

Die Dienstleistungen werden an den im Vertrag angegebenen Orten oder, hinsichtlich personenbezogener Daten, gemäß des Auftragsverarbeitungsvertrag erbracht. Sollte ein Wechsel des Standorts außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums geplant sein, informiert der Betreiber den Kunden im Voraus. In jedem Fall stellt der Betreiber sicher, dass eine solche Änderung die DORA-Compliance des Kunden nicht gefährdet.

Die Speicherung und Verarbeitung der Daten des Kunden erfolgt an den in der Datenschutzvereinbarung angegebenen Orten. Im Falle einer Standortänderung wird der Kunde im Voraus informiert, und der Betreiber stellt sicher, dass die Änderung die DORA-Compliance des Kunden nicht gefährdet.

(7) Vertraulichkeit und Sicherheit von Kundendaten

Der Betreiber, dessen Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiter sind zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung angemessener Sicherheitsmaßnahmen verpflichtet. Diese Verpflichtungen sind mindestens so umfassend wie die in dem Vertrag festgelegten Vertraulichkeitsverpflichtungen. Der Betreiber setzt Sicherheitsmechanismen ein, die im Hinblick auf die Art der Dienstleistungen angemessen sind, und implementiert ggf. vom Kunden mitgeteilte Sicherheitsanforderungen und -richtlinien.

(8) Datenschutz

Es wird auf den zwischen den Parteien abgeschlossenen Auftragsverarbeitungsvertrag verwiesen.

(9) Datenrückgabe

Im Falle einer Kündigung des Vertrags oder eines „Exit-Ereignisses“ (z. B. Einstellung der Geschäftstätigkeit oder Insolvenz) ermöglicht der Betreiber dem Kunden über die Löschungsfunktion die Löschung und über die Exportfunktion im Account die Rückübertragung der Kundendaten im vereinbarten Umfang und soweit DORA dies zulässt. Der Betreiber kann auf Anfrage alle Kundendaten innerhalb von 1 Monat löschen und dem Kunden eine Löschungsbestätigung ausstellen.

Ungeachtet vertraglicher oder gesetzlicher Regelungen verzichtet der Betreiber sowie ggf. ein Insolvenzverwalter oder sonstige Dritte darauf, ein Zurückbehaltungsrecht geltend zu machen, das die Rückgabe der Daten des Kunden verhindern würde.

(10) Unterstützung bei IKT-Vorfällen

Tritt im Zusammenhang mit den Dienstleistungen des Betreibers ein IKT-Vorfall auf, leistet der Betreiber dem Kunden im Rahmen des Vertrags Unterstützung. Darüber hinausgehende Unterstützung erfolgt gegen zusätzliche, vorab vereinbarte Kosten.

Der Betreiber benachrichtigt den Kunden unverzüglich, sobald ein IKT-Vorfall bekannt wird, und stellt dem Kunden alle notwendigen Informationen zur Verfügung, um seinen Verpflichtungen gemäß DORA nachzukommen. Diese Leistungen werden mittels eines vom Betreiber ausgestellten Auftragsformulars geregelt, welches den Umfang, das Personal und die anwendbaren Tagessätze (ADR) beinhaltet.

(11) Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden

Der Betreiber erkennt an, dass Regulierungsbehörden mit Zuständigkeit für den Kunden (oder dessen Kunden) direkte Unterstützungs- und Kooperationsanfragen an den Betreiber richten können. Der Betreiber verpflichtet sich, im Einklang mit geltendem Recht mit diesen Behörden zu kooperieren, insbesondere bei Prüfungen und Maßnahmen im Rahmen ihrer Aufsichts- oder Abwicklungsbefugnisse. Insbesondere erkennt der Betreiber an:

- das Auskunftsrecht der Abwicklungsbehörden gemäß Art. 63 Abs. 1 lit. a der Richtlinie 2014/59/EU (BRRD);
- sowie die Ermittlungsbefugnisse gemäß Art. 65 Abs. 3 der Richtlinie 2013/36/EU (CRD IV).

Soweit möglich, informiert der Kunde den Betreiber mindestens 30 Kalendertage vor einer durch Regulierungsbehörden geplanten Prüfung.

Die Unterstützung darf den Rahmen einer angemessenen Mitwirkung nicht überschreiten. Maßnahmen, die zusätzlichen Aufwand erfordern, können gesondert in Rechnung gestellt werden – nach vorheriger Kostenfreigabe durch den Kunden.

(12) Sicherheitsbewusstsein und Schulungen

Der Kunde erkennt an, dass der Betreiber nicht an Programmen zur Sensibilisierung für Sicherheit oder digitalen operationellen Resilienzschulungen („Schulungen“) des Kunden teilnehmen muss.

Sollte sich dies jedoch durch gesetzliche Vorgaben ändern oder erhält der Betreiber Zugang zu den Systemen, physischen Standorten oder Papierdaten des Kunden, kann der Kunde verlangen, dass Schlüsselpersonal des Betreibers an den entsprechenden Schulungen teilnimmt.

Die Parteien werden schriftlich die Bedingungen der Teilnahme festlegen, insbesondere:

- welche Mitarbeiter des Betreibers teilnehmen müssen;

- Ort und Sprache der Schulung;
- die Vergütung erfolgt gemäß den geltenden Tagessätzen des Betreibers; der Schulungsaufwand soll 1 Stunde pro Schlüsselperson und Jahr nicht überschreiten.

§ 16 Schlussbestimmungen

- (1) Der Betreiber darf während der Laufzeit des Vertrags Namen und/oder Logo des Kunden als Referenz auf Newsletter2Go und in sonstigem Werbematerial verwenden. Der Kunde kann diese Befugnis jederzeit mit einer angemessenen Umstellungsfrist widerrufen.
- (2) Der Betreiber kann diese AGB jederzeit mit einer Ankündigungsfrist von einem Monat durch Mitteilung an den Kunden in Textform ändern. Der Kunde kann einer derartigen Änderung innerhalb von einem Monat ab Erhalt der Mitteilung gemäß Satz 1 gegenüber dem Betreiber in Textform widersprechen, ansonsten gilt die Änderung als vom Kunden genehmigt. Der Betreiber wird auf die Genehmigungswirkung gemäß Satz 2 bei einer Mitteilung gemäß Satz 1 jeweils hinweisen.
- (3) Ausschließlicher Gerichtsstand ist Berlin (Charlottenburg), Deutschland, sofern der Kunde Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (4) Berlin (Charlottenburg) ist außerdem dann ausschließlicher Gerichtsstand, wenn der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat.
- (5) Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Bestimmungen des Wiener UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 finden keine Anwendung.

Stand: Juli 2025